

Regierungsratsbeschluss

vom 8. Dezember 2025

Nr. 2025/2053

Änderung der Vereinbarung zwischen den Kantonen Bern und Solothurn betreffend die Fischerei in den Grenzgewässern der Aare

1. Erwägungen

Gemäss Artikel 24 des Bundesgesetzes über die Fischerei vom 21. Juni 1991 (BGF; SR 923.0) müssen die beteiligten Kantone die Fischerei in ihren Grenzgewässern einheitlich regeln. Aufgrund der Revision der bernischen Direktionsverordnung über die Fischerei vom 22. September 1995 (FiDV; BSG 923.111.1) ist eine Änderung der bestehenden Vereinbarung zwischen den Kantonen Bern und Solothurn betreffend die Fischerei in den Grenzgewässern der Aare vom 27. Oktober 2008 (BGS 625.711; nachfolgend Vereinbarung genannt) notwendig.

Änderungen der Vereinbarung müssen im Bereich Fangmindestmasse, Fangzahlbeschränkungen und Schonzeiten vorgenommen werden. So gilt für Bachforellen gestützt auf neuste Erkenntnisse ein Fangmindestmass von 38 cm (bisher 28 cm). Die Äschenbestände haben in der Aare stark abgenommen, weshalb sie neu ganzjährig geschont werden müssen (vgl. Art. 3 der Vereinbarung).

Die Tagesfangzahlbeschränkungen für den Flussbarsch (Egli) hat in der Aare keinen Effekt auf die Bestandsentwicklung und kann deshalb gestrichen werden. Sie unterliegt damit gemäss Artikel 6 der Vereinbarung der innerkantonalen Regelung des jeweiligen Kantons. Auch die Tagesfangzahlbeschränkung für die Äsche ist aufzuheben, da diese Fischart ganzjährig geschont wird und damit nicht mehr befischt werden darf (vgl. Art. 4 der Vereinbarung).

Gemäss § 21 des Fischereigesetzes vom 12. März 2008 (FiG; BGS 625.11) obliegt der Abschluss von Verträgen über die Fischerei in interkantonalen Gewässern dem Regierungsrat. Mit vorliegendem Regierungsratsbeschluss wird die zusammen mit dem Kanton Bern ausgearbeitete Änderung der Vereinbarung genehmigt. Der Kanton Bern hat die Änderung der Vereinbarung bereits am 20. Oktober 2025 genehmigt. Nach erfolgter Genehmigung des Regierungsrates des Kantons Solothurn soll die Änderung der Vereinbarung auf den 1. Januar 2026 in Kraft gesetzt werden.

2. Beschluss

- 2.1 Die Änderung der Vereinbarung zwischen den Kantonen Bern und Solothurn betreffend die Fischerei in Grenzgewässern der Aare wird beschlossen.
- 2.2 Die Änderung der Vereinbarung tritt auf den 1. Januar 2026 in Kraft.

- 2.3 Diese Änderung der Vereinbarung unterliegt der Genehmigung durch das Bundesamt für Umwelt BAFU. Die Staatskanzlei wird beauftragt, die entsprechende Genehmigung einzuholen.



Yves Derendinger
Staatsschreiber

Beilage

Änderung der Vereinbarung zwischen den Kantonen Bern und Solothurn betreffend die Fischerei in Grenzgewässern der Aare vom 27. Oktober 2008

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Wald, Jagd und Fischerei
Staatskanzlei (2; der, rol)
GS, BGS